

**STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG MÖRFELDEN-WALLDORF**  
Der Stadtverordnetenvorsteher

öffentlich

nichtöffentlich

Mörfelden-Walldorf, 29.05.2018

**DRUCKSACHE NR: 16/0332**

**An die  
Stadtverordnetenversammlung**

**Betr.:    Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, FREIE WÄHLER und FDP  
vom 24.05.2018  
Abschaffung der Straßenbeitragssatzung**

**Bezug:   Gesetz zur Aufhebung des Erhebungszwangs von Straßenbeiträgen und für  
mehr kommunale Selbstverwaltung**

**Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:**

Der Magistrat wird beauftragt, in der nächsten Stadtverordnetenversammlung (September 2018) eine Vorlage einzubringen, welche die im vergangenen Jahr beschlossene Straßenbeitragssatzung für Mörfelden-Walldorf aufhebt. Alle bereits zur Umsetzung dieser neuen Satzung eingeleiteten Maßnahmen sind unverzüglich einzustellen.

**Begründung:**

Die Grundlage für diesen Antrag bildet die Beschlussfassung des Hessischen Landtags vom 24.05.2018 zu dem im Bezug genannten Gesetzesentwurf. Die hiermit geschaffene Wahlfreiheit für Kommunen, ob sie vom Instrument einer Straßenbeitragssatzung Gebrauch machen, ist ausdrücklich zu begrüßen. Hiermit kann der vorherige Status quo wiederhergestellt werden. Durch die Abschaffung der Straßenbeitragssatzung macht Mörfelden-Walldorf von seinem im Gesetz eingeräumten Wahlrecht Gebrauch.

Alexander Best  
Fraktionsvorsitzender SPD

Joachim Rommel  
Fraktionsvorsitzender Freie Wähler

Carsten Röcken  
Fraktionsvorsitzender FDP

<b>Fraktion am:</b>	<b>Ausschüsse am:</b>	<b>Stadtverordnetenversammlung am:</b>
<b><u>Ergebnis:</u></b>	PBUA	<b><u>Ergebnis:</u></b>
	SKIVA	
	HFA	